



Interfraktioneller ANTRAG		Vorlage Nr.:	2017/0727	
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion CDU-Gemeinderatsfraktion SPD-Gemeinderatsfraktion FDP-Gemeinderatsfraktion				
Prüfauftrag für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an einer der vier Karlsruher Gemeinschaftsschulen				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	12.12.2017	29	x	

1. Die Stadtverwaltung erstellt, ggf. beauftragt eine Machbarkeitsstudie für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an einer der vier Gemeinschaftsschulen in Karlsruhe.
2. Die Machbarkeitsstudie beinhaltet die Beantwortung folgender Fragestellungen:
 - Kann am Standort Karlsruhe die Anzahl von 60 Schüler*innen, die für die Einrichtung einer Oberstufe nach § 8a SchulG-BW notwendig ist, zum Schuljahr 2020/21 mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht werden?
 - Welche Folgen wären mit der Einrichtung einer solchen Oberstufe für die beruflichen Gymnasien und die weiteren Gymnasialstandorte in Karlsruhe verbunden?
3. Welche Standorte kämen für eine gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Frage und welcher davon wäre besonders für die Angliederung einer Oberstufe geeignet? Welche Planungen wären dafür erforderlich?
4. Die Machbarkeitsstudie soll dem Gemeinderat bis Ende April 2018 vorgelegt werden.

Begründung/Sachverhalt:

Mit den vier Karlsruher Gemeinschaftsschulen Augustenburg-GMS, Drais-GMS, Ernst-Reuter-GMS, Anne-Frank-GMS hat die Stadt Karlsruhe eine weiterführende Schulart als Wahlangebot für Eltern eingerichtet, die eine integrative Schulform für ihr Kind wünschen.

Am Ende dieses Schuljahres wird der erste Abschlussjahrgang der Augustenburg-GMS die Schule nach der 10. Klasse verlassen. Nacheinander folgen dann die Drais-GMS, die Ernst-Reuter-GMS und die Anne-Frank-GMS. Sowohl die Schulen als auch die Eltern äußern den Wunsch, dass eine gymnasiale Oberstufe an einer der vier Gemeinschaftsschulen angegliedert wird.

Das Schulgesetz sieht diese Möglichkeit ausdrücklich vor. Als Voraussetzung dafür müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden, u. a. muss eine Mindestzahl von 60 gymnasial geeigneten Schüler*innen erreicht werden. Schüler*innen der umliegenden Gemeinschaftsschulen (Eggenstein, Weingarten u.a.) sowie eine geringe Quote von Realschulabsolvent*innen können einberechnet werden.

An den Standorten Tübingen (drei GMS) und Konstanz (eine GMS) liegen bereits Genehmigungen für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule für das Schuljahr 2018/19 vor. Der Prozess der Prüfung der Voraussetzungen ist dort also bereits abgeschlossen. In Tübingen wurde dazu ein umfangreiches Forschungsprojekt von Prof. Dr. Carsten Bohl (Universität Tübingen) durchgeführt. An der dabei angewandten Prüfungssystematik soll sich die Stadtverwaltung orientieren (siehe: https://www.tuebingen.de/Dateien/abschlussbericht_oberstufe.pdf).

Auf Wunsch der Fraktionen Grüne, CDU und SPD hat der ehemalige Schulleiter Dr. Joachim Friedrichsdorf den Prüfungs- und Entscheidungsprozess in Tübingen in der AG „Regionale Schulentwicklung“ vorgestellt und die gymnasiale Oberstufe aus pädagogischer Sicht begründet. Im Anschluss sagte die Stadtverwaltung zu, die Schüler*innenzahlen in Karlsruhe zu prüfen. Die antragstellenden Fraktionen vertreten die Auffassung, dass dies im Rahmen einer Machbarkeitsstudie erfolgen soll. Dabei soll auch geklärt werden, an welchem Standort eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden könnte und welche baulichen Planungen dafür erforderlich wären.

Auch wenn eine gymnasiale Oberstufe realistischerweise nicht vor dem Schuljahr 2020/21 in Karlsruhe eingerichtet werden könnte, müssen interessierte Eltern zeitnah Klarheit darüber bekommen, ob eine gymnasiale Oberstufe infrage kommt. Denn immer häufiger fragen Eltern vor der Entscheidung für oder gegen eine Gemeinschaftsschule danach, ob ihr Kind auch an einer Gemeinschaftsschule das Abitur ablegen kann.

Die Erstellung, ggf. Beauftragung der Machbarkeitsstudie stellt noch keine Entscheidung dar und damit sind auch noch keine vertieften Planungen verbunden. Aber die Machbarkeitsstudie kann zum jetzigen Zeitpunkt die notwendigen planerischen Grundlagen für eine solche Entwicklung schaffen.

unterzeichnet von:

Dr. Ute Leidig

Renate Rastätter

Ekkehard Hodapp

Tilman Pfannkuch

Detlef Hofmann

Johannes Krug

Parsa Marvi

Sibel Habibović

Irene Moser

Tom Høyem

Karl-Heinz Jooß